

Förderantrag

Richtlinie zur nachhaltigen ländlichen Entwicklung und Wiedernutzbarma-
chung devastierter Flächen und Rekultivierung von Deponien (LEFD-RL M-V)

▼ Wird durch die Bewilligungsbehörde ausgefüllt. ▼

Eingangsregistrierung

Betriebsnummer
Aktenzeichen

▲ Wird durch die Bewilligungsbehörde ausgefüllt. ▲

Zutreffendes ankreuzen.

Antragsteller

Name	
Vorname(n) oder vertretungsberechtigte Person	
Straße, Nr.	
Postleitzahl	Ort
Telefon	Telefax
E-Mail	

Betriebsnummer

Ich/wir habe/n noch keine Betriebsnummer.

o d e r

Betriebsnummer

Die Betriebsnummer wurde mir/uns zugeteilt durch eine Behörde aus:

Mecklenburg-Vorpommern

Meine/unsere Antragstellerstammdaten haben sich geändert:

nein ja

Abweichende Bankverbindung

IBAN	BIC
Kreditinstitut	
Kontoinhaber	
<input type="checkbox"/> wie Antragsteller	oder:

Beschreibung der Maßnahme

Ich/wir beantrage/n die Gewährung einer Zuwendung nach der Richtlinie zur nachhaltigen ländlichen Entwicklung und Wiedernutzbarmachung devastierter Flächen und Rekultivierung von Deponien gemäß:

- Nr. 2.1.1 – Errichtung und Änderung von öffentlichen Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen (Förderbereich 1)
- Nr. 2.1.2 – Inwertsetzung öffentlicher historisch wertvoller bzw. ortsbildprägender Gebäude und Ensembles zu deren Nachnutzung (Förderbereich 1)
- Nr. 2.1.3 – Gestaltung öffentlicher Bestandteile von historischen Ortskernen sowie die Herstellung und Änderung von Erschließungsanlagen, insbesondere Straßen, Wege und Plätze (Förderbereich 1)
- Nr. 2.1.4 – Anlegen von Stadtteilparks und sonstigen öffentlichen Grünflächen (Förderbereich 1)
- Nr. 2.1.5 – Sanierung und Entwicklung oder Revitalisierung von Industrie-, Gewerbe-, Verkehrs- und Militärbrachen zur Nachnutzung (Förderbereich 1)
- Nr. 2.2.1 – Wiedernutzbarmachung devastierter Flächen (Förderbereich 2)
- Nr. 2.2.2 – Rekultivierung von Siedlungsdeponien (Förderbereich 2)

Kurzbeschreibung der Maßnahme (Umfang und Zielsetzung)

Durchführungsort

Landkreis	
PLZ, Gemeinde	Ortsteil

Zuwendung ³			
Summe ⁴			

Andere Förderungen

Weitere Förderungen sind für die Durchführung der Maßnahme vorgesehen oder in der Vergangenheit für denselben Zweck bereits gewährt worden:

- nein ja, die Förderung...
- ...wurde bereits gewährt am:
 - ...wurde bereits beantragt am:
 - ...wird vorauss. beantragt am:

Art und Zweck der Förderung, Förderprogramm	
Höhe der Förderung	Bewilligende Stelle
Euro	

Folgekosten nach Durchführung der Maßnahme (nur bei Gemeinden)

Nach Durchführung der Maßnahme sind folgende jährliche Folgekosten zu erwarten (bei Ersatz- oder Sanierungsmaßnahmen sind nur die Folgekosten anzugeben, die die bisherigen Ansätze für Auszahlungen/Aufwendungen und Einzahlungen/Erträge übersteigen):

1. Finanzhaushalt	Euro
a) Auszahlungen:	
davon	
Personalauszahlungen:	
Sachauszahlungen:	
Zinsauszahlungen:	
Auszahlungen für planmäßige Tilgung:	
Sonstiges:	
b) Einzahlungen:	
c) Nettoauszahlungen:	

2. Ergebnishaushalt	Euro
a) Aufwendungen:	
davon	
Personalaufwendungen:	

³ Beantragte Zuwendung nach der Richtlinie, einschließlich des bei ELER-mitfinanzierten Maßnahmen aufzubringenden Anteils der nationalen Kofinanzierung an dieser Zuwendung, (bei juristischen Personen ist die Anlage KOFI dem Antrag ausgefüllt beizufügen)

⁴ Ergibt sich aus Summe Eigenmitteln/Fremdmitteln/Zuwendung

Abschreibungen:	
Sonstige Sachaufwendungen:	
Zinsaufwendungen:	
Sonstiges:	
b) Erträge:	
c) Nettoaufwendungen:	

3. Sind die Folgekosten in der aktuellen Haushaltsplanung enthalten?

Nein

Ja

Dauernde Leistungsfähigkeit

- Gemäß der aktuellen Datenauswertung aus RUBIKON verfügt die Gemeinde über eine
 - gesicherte dauernde Leistungsfähigkeit
 - eingeschränkte dauernde Leistungsfähigkeit
 - gefährdete dauernde Leistungsfähigkeit
 - weggefallene dauernde Leistungsfähigkeit
- Erreicht die Gemeinde unter Berücksichtigung der Folgekosten den Haushaltsausgleich nach § 16 Absatz 1 GemHVO-Doppik zum Ende des Finanzplanungszeitraums?
 - ja
 - nein, aber
 - es handelt sich um eine Maßnahme, die zur pflichtigen Aufgabenerfüllung notwendig ist (vgl. Nummer 18.2.4 der Verwaltungsvorschrift zur Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik und Gemeindegassenverordnung-Doppik vom 20. Mai 2016).
 - die Maßnahme dient der Wiederherstellung der dauernden Leistungsfähigkeit oder steht ihr zumindest nicht entgegen (vgl. Nummer 18.2.5 der Verwaltungsvorschrift zur Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik und Gemeindegassenverordnung-Doppik vom 20. Mai 2016).

Begründung:

Wirtschaftliche Tätigkeit

Bei dem Antragsteller handelt es sich um ein Handwerks-, Handels- oder Industrieunternehmen, freiberuflich Tätigen oder sonstigen Gewerbetreibenden (z.B. firmierend als GmbH, UG, AG oder e.G.):

nein

ja

Die Grundstücke, baulichen Anlagen oder sonstigen Gegenstände, die die zu fördernde Maßnahme betreffen, werden derzeit oder zukünftig

- gewerblich genutzt oder
- an Dritte vermietet oder verpachtet oder sonst gegen Geldleistung zur Nutzung überlassen:

nein ja

Einnahmen schaffende Maßnahmen

Im Zusammenhang mit der Maßnahme werden Nettoeinnahmen erzielt oder sollen künftig erzielt werden:

nein ja, die Nettoeinnahmen werden...

- ...während der Durchführung erwirtschaftet
- ...nach Abschluss der Maßnahme erwirtschaftet

Bezeichnung/Art der Einnahmen

Vorsteuerabzugsberechtigung

Es besteht eine Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG.
 Es besteht keine Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 UStG

Durchführungsvoraussetzungen

Einen Beschluss über die Durchführung und Finanzierung der Maßnahme...

...hat das zuständige Organ bereits gefasst am:

...wird das zuständige Organ vorauss. fassen am:

Ich bin/wir sind zur Durchführung der Baumaßnahme berechtigt...

...als Eigentümer des Objektes
 ... als langfristig nutzungsberechtigte/r Besitzer des Objektes

Für die Maßnahme ist eine Baugenehmigung erforderlich:

nein ja, die Baugenehmigung...

- ...wurde bereits erteilt am:
- ...wurde bereits beantragt am:
- ...wird vorauss. beantragt am:

Für die Maßnahme ist eine sonstige behördliche Erlaubnis erforderlich:

nein ja, die Erlaubnis...

- ...wurde bereits erteilt am:
- ...wurde bereits beantragt am:
- ...wird vorauss. beantragt am:

Art der Erlaubnis

Erlaubnis erteilende Behörde

Für die Maßnahme ist eine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich:

- nein
- ja, die Umweltverträglichkeitsprüfung...
- ...wurde ber. durchgeführt am: |
 - ...wird vorauss. durchgeführt am: |

Ergebnis der Umweltverträglichkeitsprüfung

Warteliste

- Der Förderantrag soll gegebenenfalls auf die Warteliste gesetzt werden.

Anlagen

- Anlage KOFI
 - Anlage Stammdatenbogen
 - Datenauswertung aus RUBIKON
 - Bewilligungsbescheid(e) anderer Förderung(en)
 - Beschluss des zuständigen Organs
 - Stellungnahme der Kommunalaufsichtsbehörde (bei Maßnahmen nach Nummer 2.1)
 - Eigentumsnachweis
 - Baugenehmigung
 - behördliche Erlaubnis
 - UVP-Ergebnis
 - Gutachten zur Gefahrenschätzung für Maßnahmen nach Nr. 2.2
 - Kostenschätzung
 - Kostenberechnung
 - Vergleichsangebote
-

sonstige Anlagen

- Bei Maßnahmen nach Nummer 2.1.1 (Schulen): Stellungnahme des Trägers der Schulentwicklungsplanung und des für Schulen zuständigen Ministeriums zur Bestandsfähigkeit sowie Raum- und Funktionsprogramm.
- Bei Maßnahmen nach Nummer 2.1.1 (sonstige bildungsbezogene Maßnahmen): Entwicklungsplanung sowie Raum- und Funktionsprogramm.
- Bei Maßnahmen nach Nummer 2.1.1 (Kindertageseinrichtungen): Bestätigung über Ausrichtung der Kindertageseinrichtungen am öffentlichen Jugendhilfeplan des jeweils zuständigen örtlichen Trägers sowie Raum- und Funktionsprogramm.
- Bei Maßnahmen nach Nr. 2.2.1: verbindliche, verwaltungsrechtliche Entscheidung über die tatsächliche und rechtmäßige Durchführbarkeit der Maßnahme.
- Bei Maßnahmen nach Nr. 2.2.2: bestandskräftiger Bescheid des zuständigen StALU, der die tatsächliche und rechtmäßige Durchführbarkeit der Maßnahme feststellt.

Erklärung des Antragstellers

- Die Angaben in diesem Förderantrag und in den mit dem Förderantrag eingereichten Anlagen sind vollständig und richtig.
- Mit der Maßnahme wurde noch nicht begonnen und wird auch nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides oder der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn begonnen; der Ausführung zuzurechnende Lieferungs- oder Leistungsverträge wurden noch nicht geschlossen.
- Mir/uns ist bekannt, dass die folgenden Tatsachen subventionserheblich im Sinne des § 264 des Strafgesetzbuches sind und dass Subventionsbetrug nach § 264 des Strafgesetzbuches strafbar ist.

Subventionserheblich sind die Angaben in diesem Förderantrag

- über den Antragsteller,
 - über die Maßnahme, den Durchführungsort und den Durchführungszeitraum,
 - über den Finanzierungsplan,
 - über andere Förderungen für die Maßnahme,
 - über Einnahmen schaffende Maßnahmen und die Berechtigung zum Vorsteuerabzug,
 - über die Durchführungsvoraussetzungen sowie
 - die Erklärung, dass mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde und nicht vor Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides oder der Zustimmung zum vorzeitigen Maßnahmebeginn begonnen wird und
 - die Erklärung, dass die Angaben in diesem Förderantrag und in den mit dem Förderantrag eingereichten Anlagen vollständig und richtig sind.
- Ich/wir werde/n der Bewilligungsbehörde unverzüglich anzeigen, wenn die für die Zuwendungsgewährung maßgeblichen, insb. subventionserheblichen, Tatsachen sich ändern oder wegfallen.
 - Ich/wir haben das **Merkblatt zur Datenverarbeitung** zur Kenntnis genommen und willige/n in die Verarbeitung personenbezogener Daten.
 - Für Fälle in denen die Förderung der Mehrwertsteuer gewährt werden soll:

Die beantragte Maßnahme ist mit keiner gewerblichen Tätigkeit des Antragstellers verbunden und wird nicht, auch nicht in Teilen, von Einnahmen verwendet. Eine Beantragung der Mehrwertsteuer zur Rückerstattung durch das Finanzamt ist nicht beabsichtigt.

- Ich/wir haben die **Hinweise zur Auftragsvergabe** zur Kenntnis genommen.
 - Mir/uns ist bekannt, dass bei Nichteinhaltung der Vergabevorschriften, auch, soweit Verstöße nach der Auszahlung der Zuwendung z. B. im Rahmen örtlicher Kontrollen festgestellt werden, die betreffenden Ausgaben ganz oder teilweise von der Förderung ausgeschlossen werden und gegebenenfalls bereits gezahlte Beträge zurückgefordert werden.
 - Mir/uns ist bekannt, dass die Einhaltung der Vergabevorschriften Voraussetzung für eine spätere Zuwendungsgewährung ist, soweit ich/wir Leistungen vor der Bekanntgabe des Zuwendungsbescheides vergeben.
 - Mir/uns ist bekannt, dass der Bewilligungsbehörde die in den **Hinweisen zur Auftragsvergabe** genannten Unterlagen unverzüglich, spätestens jedoch vor der Auszahlung der Zuwendung vorzulegen sind und bei Nichtvorlage der Unterlagen sowie bei Vorlage unvollständiger oder unrichtiger Unterlagen die betreffenden Ausgaben ganz oder teilweise von der Förderung ausgeschlossen werden.

Rechtsverbindliche Unterschrift des Antragstellers

Datum	Name in Druckschrift	Funktion/Dienststellung	Unterschrift